

Antrag Nr. 12-F-03-0045

Bündnis90/Die Grünen

Betreff:

Förderung des studentischen Wohnens in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -

Antragstext:

An den Hochschulen in Wiesbaden studieren über 10.000 junge Menschen. Im Zuge von G8 wird sich der Zulauf auf die Hochschulen weiter verstärken. Diesem zu begrüßenden Anstieg der Studierendenzahlen muss die Stadt auch im Bereich des Wohnungsangebotes Rechnung tragen. Die Stadt geht laut Auskunft im vergangenen Sozialausschuss jedoch weiterhin von einem Bedarf von ca. 450 Wohnheimplätzen aus. Diese Anzahl von Plätzen steht in mehreren privaten Wohnheimen annähernd zu Verfügung. Dennoch sehen sowohl das zuständige Studentenwerk als auch die Hochschule Rhein Main mehr erschwinglichen Wohnraum für Studierende in Wiesbaden in Form eines öffentlich-rechtlichen Wohnheimes als notwendig an. Dort werden realistisch Bedarfe von ca. 750 Wohnheimplätzen als erforderlich betrachtet. Die Umsetzung des vorliegenden Antrages kann den Weg für ein Studentenwohnheim in Trägerschaft des Studentenwerks in Wiesbaden ebnen und unsere Stadt somit als attraktiven Standort für Wissenschaft und Studenten nachhaltig stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) Gemeinsam mit dem Studentenwerk Rhein Main einen Kriterienkatalog aufzustellen, welche Anforderungen eine Liegenschaft/Fläche aufweisen muss (räumliche, örtliche, energetische Komponenten), um als studentischer Wohnraum von dem Studentenwerk Rhein Main entwickelt werden zu können.
- 2) Für die schnelle Schaffung von Wohnraum für Studierende werden zunächst Grundstücke und Gebäude der Stadt und der städtische Gesellschaften auf ihre Eignung überprüft und geprüft, ob diese zu bevorzugten Bedingungen (z.B. Erbpacht) dem Studentwerk angeboten werden können.
- 3) Zukünftig ist jede der Stadt zufallende Liegenschaft/Fläche unverzüglich anhand des entwickelten Katalogs zu prüfen und im Falle der Eignung dem Studentenwerk in bevorzugter Weise (z.B. im Wege der Erbpacht) anzubieten, bis eine Bedarfsabdeckung von studentischem Wohnraum erreicht ist.

Wiesbaden, 14.03.2012